

# Der Gemeindearbeiter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Betrieben  
Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands  
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis  
Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk.

Veranstalter Nr. 8538. ::  
Redaktionschluss Montags  
Mittags vor Erscheinen d. Blattes.

Anzeigenpreis für die viergespaltene Beil-  
zeile 20 Pf. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pf.

No. 7

Cöln, den 6. April 1918.

VI. Jahrgang.

## Es muß doch Frühling werden.

Und drauß der Winter noch so sehr, es muß doch Frühling werden. Die im Winterchlut erstarrte Erde, von den schimmernden Sonnenstrahlen wieder belebt, erwacht aus dem Winterschlaf. Das winzige Körnchen durchbricht die härteste Kruste, grünt, blüht und bringt Früchte. Alles strebt zum Leben zu. Die gedehnten Samen verkünden, daß die uns Sorge um die Überwinden. Was man nur Vertrauen verleiht uns die Natur.

Nach der Mensch, von den erlöhnten Sorgen im Winter, kommt neue Hoffnung und Vertrauen, insbesondere in diesem Jahre nach langer Armutzeit. Mit Beginn des Jahres hat Deutschland eine Offensive im Westen erfochten, die hoffentlich den Frieden auf der ganzen Linie herbeiführt. Da unsere Feinde noch keine Verständigung mit uns über die baldige Friede als Frucht dieser Opfer bringen wird.

In unserer Lebens Deutschland weht Frühling. Die Gleichberechtigung macht sich in alle, nicht mehr befristete Vorrechte einzelner Stände in beseitigen. Im weiblichen Staate soll das Königswort vom gleichen Wahlrecht Wahrheit werden. Arbeitskammergesetz und Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung sollen den Angestellten und Arbeitern die gesetzliche Gleichberechtigung mit anderen Ständen bringen.

Ernstlich wird Leute die Frage erwogen, wie auch des Kindes-Ämter Sohn eine Schulbildung erhalten kann, die ihn zu die Lage verleiht, den Stürmen des Lebens zu treuen. Man die notwendigen Kenntnisse zu geben und so zu erziehen, seinen Geist so zu formen, um als vollwertiges Mitglied der menschlichen Gesellschaft und des Staates den Platz auszufüllen, auf den er gestellt ist.

Über erwarten wir nicht alle Hilfe vom Staate und der Gesellschaft.

Ebenso wenig, wie die Mutter Erde, trotz Frühling, Regen und Sonnenschein ohne die fleißige Arbeit des Landmannes uns die notwendigen Früchte zur Ernährung bringt, ebenso wenig wird uns Angestellten und Arbeitern die freie Zeit allein die Erfüllung unserer berechtigten Wünsche ohne eigene Mitarbeit, bringen. Nicht wollen wir staatlichen Zielen nachhaken und ihnen unsere Arbeit widmen. Wirkliche Erfolge und dem Volkstreben entgegenkommende Ziele können doch nur erreicht werden durch eine auf Erhaltung des Gesamtstaates gerichtete und innerlich unserer Gesellschaftsordnung betriebene wirkliche Arbeit. Einmal, die dem Arbeiter einen größtmöglichen Ertrag

seiner Arbeit liefert und ihm im Volksganzen zu der Geltung kommen läßt, die er als ein gleichberechtigter Staatsbürger beansprucht! Es gibt ja auch Unternehmerfreie, die an der verregulierten und in ihren Interessen maßlosen Arbeiterschaft Gefallen finden, um ihre Schwächerbeitreibungen leichter durchsetzen zu können.

Die gesunden Grundzüge unserer christlich-nationalen Arbeiterbewegung entsprechen dem Bedürfnisse unseres Staates. An ihrer Durchführung ins praktische Leben sollten wir alle mitarbeiten. Was die zu überwindenden Schwierigkeiten auch groß, der Weg noch lang, weil bei der notwendigen Ausdauer wird es auch für unseren Staat bald Frühling werden.

## Volkswirtschaftliches und Soziales.

Die Frauen an der Eisenbahn. Der preussische Eisenbahnminister v. Breitenbach machte in der „Westfälischen Illustrierten Zeitung“ interessante Mitteilungen über die Arbeit der Frauen an der Eisenbahn im Weltkrieg. Danach hat die preussisch-besessene Staats-Eisenbahnenverwaltung die bei dem Kriege in einigen wenigen Dienstzweigen (im Bureau, Abfertigungs-, Telegraphen- und Schrankenwärterdienst, bei der Bahnunterhaltung, der Reinigung der Betriebsmittel und der Dienstraume) knapp 10.000 Frauen beschäftigt, die weiblichen Kräfte nunmehr zu fast allen Dienstverrichtungen des vielseitigen Eisenbahnwesens zugezogen und ihre Zahl allmählich auf 100.000 erhöht. Hiermit dürfte indessen die Entwicklung bei der Fortdauer des Krieges noch nicht abgeschlossen sein. Um die Eisenbahnen voll leistungsfähig zu erhalten und um auch noch möglichst viele kriegsverwendungsfähige Eisenbahner für den Dienst mit der Waffe freizumachen, wird es einer weiteren Vermehrung der weiblichen Arbeitskräfte bedürfen. Die weiblichen Erkräfte werden während des Krieges nur zur vorübergehenden Beschäftigung angenommen, da die vermehrte Frauenbeschäftigung ein den Eisenbahnen durch den Krieg auferlegener Notbehelf ist. Um so erfreulicher ist die Tatsache, daß sie sich im großen und ganzen aufs beste bemüht haben, ein Erfolg zu dem die von der Verwaltung eingeführte weibliche Berufs Kleidung nicht wenig beigetragen hat. Allerdings steht der Nutzen der Frauennarbeit in dem vielfältigen in seinen einzelnen Zweigen durchaus verschieden gearteten Eisenbahnwesen nicht überall auf gleicher Höhe. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß die Frau in rein verstandesmäßiger Tätigkeit den Mann bei einfachen dienstlichen Verhältnissen zu ersetzen vermag, nenngleich ihr anfangs die gründliche Fortbildung und Schulung des

Eisenbahners abgeben. Wo die geistigen Fähigkeiten mit körperlicher Gewandtheit und Rüstigkeit gepaart sein müssen — und das ist überall im eigentlichen Eisenbahnbetriebsdienst der Fall — kann die Frau indessen mit der männlichen Leistungsfähigkeit nicht Schritt halten. Wo es aber vorwiegend auf jene körperlichen Eigenschaften ankommt, wie bei den Betriebs-, Bahnunterhaltungs- und Werkstättenarbeitern, erreichen die Frauen nur 50 bis 75 Prozent der männlichen Leistungsfähigkeit; ein Ergebnis, das bei der geringen Widerstandsfähigkeit des weiblichen Organismus nicht etwa ungunstigen der Frau spricht.

**Das preussische Wohnungsrecht endgültig angenommen!** Am 9. März hat das Herrenhaus ohne weitere Erörterung und ohne das preussische Wohnungsrecht mit den geringfügigen Abänderungen, mit denen es vom Abgeordnetenhaus zurückgekommen war, angenommen. Damit ist nun endlich ein Gesetzgebungsplan endgültig bewirkt worden, um den annähernd 15 Jahre gekämpft worden ist. Bereits im Jahre 1904 veröffentlichte die preussische Regierung den Entwurf eines Wohnungsgesetzes, der aber infolge vielfacher ungünstiger Kritik gar nicht einmal an den Reichstag gelangte. Ein Antrag 1913 wurde in neuer Anlage genommen und nunmehr der Entwurf eines Wohnungsgesetzes beim Abgeordnetenhaus eingebracht. Aber auch dieser Entwurf stieß auf starke Widerstände und entzündete lebhafteste Kämpfe; infolge des Kriegsausbruchs gelangte er dann ebenfalls wie verschiedene andere Gesetzesvorlagen nicht zur Verabschiedung. Als es nun aber infolge der langen Dauer des Krieges als nicht mehr möglich erwies, die Annahmemaßnahme der dringenden sozialen und innerpolitischen Aufgaben immer weiter hinauszuschieben, wurde nach der Wohnungsrechtskommission Ende 1916 etwas abgeändert und in verschiedenen Richtungen ergänzt, erneut vorgelegt. Auch jetzt schloß es nicht an Vermittlungen und Gefahren für den Entwurf, aber schließlich ist er nun doch endgültig zustande gekommen, und zwar wie man wohl sagen darf, in einer gegenüber der Vorlage erheblich verbesserten Gestalt, mit ihm annähernd gleichzeitig auch das ihn ergänzende von Bürgerversicherungsgesetz. Dieses zusammenhängende Gesetzgebungswerk bringt beträchtliche Fortschritte auf den Gebieten der Erbauungsbestimmungen, der Baubauaufsichtigung, der Wohnungsaufsicht, der einschlägigen Behördenorganisation usw. und namentlich auch der positiven finanziellen Mittel des Staates. Es läßt sich daher erwarten, daß es sich als ein taugliches Werkzeug der Verbesserung unserer Wohnungsverhältnisse erweisen wird.

### Aus den Ortsgruppen.

**Köln.** Im November vorigen Jahres richteten wir eine Eingabe an die Stadtverwaltung, worin eine Lohnerhöhung von 1.4 pro Tag, Zahlung von Lohnzuschlägen für Herberunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, Bezahlung der in die Wäse fallenden Feiertage und Gewährung eines Erholungsurlaubes beantragt wurden. Da hier noch sehr niedrige Löhne gezahlt werden, hätte man bestimmt auf eine baldige Erfüllung der Ansprüche wenigstens des ersten, rechnen sollen. Doch weil nicht! Wie sagte der hiesige Bürgermeister am 19. Januar eine Regelung in 2-3 Wochen zu. Doch bis heute wartet man noch darauf. Dabei ist das Geld dafür eigentlich schon bewilligt. Denn am 5. September 1917 wurde beschlossen, den hiesigen Arbeitern Lohnerhöhungen zu gewähren, die insgesamt etwa 12-13000 % erforderlich isten. Mit diesem Betrage hätte man jedem Arbeiter 1.4 pro Tag mehr Lohn zahlen können. Tatsächlich haben aber nur zwei Leute eine Lohnerhöhung von 1.4; einige von 50-20 % erhalten. Die Mehrzahl aber, und gerade die schlechtbezahlten, haben keinen roten Heller mehr bekommen. Daß die Not an Kohle und Getreide herausschaut, kann sich jeder denken. Hoffentlich wird die Schuld der Arbeiter nicht mehr lange auf die Straße gestellt.

**Darmen.** Städtische Arbeiter. In einer Versammlung städtischer Arbeiter wurde lebhaft Klage geführt, daß den Wünschen der städtischen Arbeiter von Seiten der Verwaltung so wenig Entgegenkommen gezeigt wurde. Wenn auch die bisherigen Verbesserungen des Einkommens während des Krieges anerkannt werden müßten, so hielt dies doch mit der Entwertung der Preise für alle Bedarfsartikel nicht entfernt Schritt. Auch sei nicht zu vergessen, weshalb den städtischen Arbeitern nicht endlich der ihnen auf Grund der Bestimmungen für die städtischen Arbeiter zustehende, aber seit Kriegsausbruch entzogene

Urlaub wieder voll gewährt würde. Sei doch gerade jetzt bei der mangelhaften Ernährung und dem Mehrverbrauch an Arbeitskraft durch viele Heberarbeit usw. eine kleine Erholung, wie sie der Urlaub gewährt, so dringend notwendig wie jemals. Für Arbeiten, die an einer von der gewöhnlichen Arbeitsstelle entfernt liegenden Arbeitsstätte ausgeführt werden müßten, wurde immer noch keine entsprechende ausreichende Vergütung gezahlt. Dies sei unter normalen Umständen schon eine Härte, nicht aber jetzt noch, wo es doch infolge der äußerst knappen Lebensmittel unmöglich sei, sich den Mittagessen mitnehmen, oder an die Arbeitsstelle nachbringen lassen zu können.

Diese und eine Menge anderer vorgelegener Wünsche werden aber nicht eher genügende Berücksichtigung finden, bis die städtischen Arbeiter sich durch zahlreicheren Anschluß an die gewerkschaftlichen Organisationen mehr Einfluß verschaffen. Dieser Ansicht wurde auch in der Versammlung Ausdruck gegeben und die unbedingte Notwendigkeit besserer Teilnahme aller Kollegen und Kollegen an der gewerkschaftlichen Arbeit betont. Bezirksleiter Kollege Krumbke wies darauf hin, daß allen Kollegen durch die verschiedenen Organisationen Gelegenheit geboten sei, sich entsprechend ihren Anschauungen und Grundansätzen in dieser so wichtigen Arbeit zu beteiligen, gegebenenfalls werden sich die in Betracht kommenden Organisationsleitungen dann schon über ein zweckmäßig erscheinendes gemeinsames Vorgehen bei Vertretung von Wünschen und Forderungen verständigen. Diese Auffassung fand lebhafteste Zustimmung und die Versammelten versprochen, in diesem Sinne in Zukunft zu wirken und dadurch der gesamten Arbeiterschaft der städtischen Betriebe einen mehr Einfluß auf die Gestaltung ihrer Verhältnisse verschaffen zu wollen.

**Essen.** Städtische Arbeiter. Am Donnerstag, den 28. März, fand in der „Erholung“ in Essen eine Versammlung der städtischen Arbeiter statt. Diese war einberufen von dem städtischen, neuen und Ulrich Dunderstein Gewerkschaften.

Kollege Bezirksleiter Krumbke wies in seinem Referat auf die Notlage hin, in die Arbeiterklasse, besonders aber die Arbeiter der städtischen Betriebe, infolge der langen Dauer des Krieges geraten seien. Wenn auch anerkannt werden müßte, daß man die Stadtverhältnisse versucht hätte, die Not ihrer Arbeiterschaft durch Gewährung von Kriegs- oder Leberurlaubszulagen in etwa zu lindern, so hätten diese Zulagen bisher doch niemals eine Höhe erreicht, wodurch auch nur entfernt ein einigermaßen Ausgleich gegenüber den starken Preissteigerungen geschaffen wurde. Diese Preissteigerungen bewegten sich in einer Höhe von 50 bis 1000 Prozent gegenüber den Friedenspreisen. Nach einer ziemlich genauen Statistik hobers beh. an die Steigerung für einen Parenfamilie, der nur die unentbehrlichsten Lebensmittel umfasst, in der Zeit von September 1914 bis September 1917 um Reichsbankmarken 188 Prozent, erreichte aus im Industriegebiete eine weit höhere Höhe, besonders in Essen, wo infolge der durch den hohen Gang der Kriegslieferungen harten Zunahme der Bevölkerung neben rücksichtslosem Lebensmittelmangel ins Ungemeine gehende Steigerungen der Wohnungsverhältnisse zu verzeichnen seien. Dagegen seien die Löhne der städtischen Arbeiter Essens nicht nur hinter denen der Industriebetriebe, sondern auch noch weit hinter dem Lohndurchschnitt der gesamten Gemeindearbeiter im ganzen Reich zurückgeblieben. Sollen die städtischen Arbeiter in ihrer Lebenshaltung nicht immer mehr zurückgehen und letzten Endes durch Unterernährung starke gesundheitliche Schäden erleiden, so müsse unbedingt eine angemessene Verbesserung ihres Einkommens durch Gewährung von Lohnzulagen durchgeführt werden. Man solle dem Beispiele der Reichs- und Staatsbehörden, die die Einkommen ihrer Beamten erneut aufbessern, folgen und dadurch einen Stamm produktiver, arbeitsfreudiger Arbeiter sichern.

Redner kritisierte weiter scharf die Behandlung der Arbeiter, besonders auch der Arbeiterinnen von Seiten einzelner Vorgesetzten. Die Verwaltung wie auch die anhängig denkenden Vorgesetzten müßten sich ganz entschieden dagegen verwehren, daß die Arbeiter durch solches Verhalten Einzelner geschädigt würde. Auch die gesamten städtischen Arbeiterinnen und Arbeiter müßten sich geschlossen gegen derartige Behandlung zur Wehr setzen. Dies sei um so eher möglich, wenn alle ohne Ausnahme ihre Arbeiten in korrekterer, produktiverer Weise ausführen, aber andererseits auch ihre Standespflichten durch Beitritt zur Organisation mehr wie bisher nachkommen würden.

Nach einer lebhaften Aussprache wurde einstimmig beschlossen, folgende Anträge der Stadtverwaltung zu unterbreiten: 1. eine Lohnzulage von 2.4 für männliche, von 1.75 für weibliche, 1.50 für jugendliche Arbeiter pro Tag; 2. Gehaltszulage von

von 2.4 für Arbeiter, die mehr als 2 1/2 Kilometer von der gewöhnlichen Arbeitsstelle verrichtet werden müssen; 3. Wieder-gewährung des vollen vor dem Kriege üblichen Urlaubs; 4. Neu-gestaltung der Erbschaften zu den Arbeiteraussschüssen.

Kollege Wuchelt vom freien Gemeindegewerksverbande gab als Vize der Versammlung der Doornik den Ausdruck, daß die Stadt-verwaltung nicht nur diesen Anträgen recht bald Rechnung tragen, sondern auch durch Anerkennung und Verhandlungen mit den Organisationen diesen Gelegenheiten bieten möge, weitere Schritte der städtischen Arbeiter zur Sprache zu bringen und so zu einem erträglichen Verhältnisse zwischen Verwaltung und Arbeiterschaft beitragen zu können.

Die Wünsche der Kollegen sind inzwischen der Verwaltung mitgeteilt worden.

**Podium, städtische Arbeiter.** Zu den manchen Feuerbelegungen, die die Kriegszeit brachte, ist auch der Wechsel in der Stellung mancher Arbeitgeber und Verwaltungen gegenüber ihrer Arbeiterschaft und deren Vertretern zu rechnen. Manche Verwaltungen, die es vor dem Kriege entschieden ablehnten, mit den gewerkschaftlichen Organisationen zu verhandeln, haben während des Krieges ihre Politik geändert und verhandeln heute lieber mit den Organisationsleitungen, als mit dem einzelnen Arbeiter. Und beide Teile, Verwaltungen und Arbeiterschaft, fahren besser davon. Manche Schwierigkeiten und Mißbilligkeiten werden dadurch vermieden, oder ausgetrieben. Sowohl städtische, wie Landes- und Reichsbehörden nehmen oft und gern die Erfahrung der Männer der Praxis in Anspruch und beraten gerne die wichtigsten wirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Fragen mit ihnen. Und von manchen hohen Stellen wurden während der letzten Jahre die gewerkschaftlichen Organisationen als segensreiche, volkswirtschaftliche Notwendigkeiten bezeichnet. Um so unverständlich ist es, daß auch heute einzelne Stadtverwaltungen diesen Korrekturen gegenüber noch einen solchen ablehnenden Standpunkt einnehmen. Da man darin Positivität nicht als Grund annehmen kann, muß man wohl oder übel nach anderen Gründen suchen. Und da kommt man unwillkürlich zu der Ansicht, daß es nur Aufkommens über das Wesen und die Tätigkeiten der Organisationen sein kann, was manche dieser Stellen eine oft scharf ablehnende Haltung den Gewerkschaften gegenüber einnehmen läßt. Man sieht in ihnen nur die radikal auftretenden „Reber“ und „Anführer“ der Arbeitermassen. Dadurch über-sieht man dann die so segensreich wirkende, ausläurende und verbindende Tätigkeit, die diese Korporationen heute vielfach ausüben. Und doch gibt es auch Stadtverwaltungen, die diese Lage heute gar nicht mehr einsehen möchten. Es liegen genügend Beispiele vor, wo hohe und höchste Stellen in Verwaltungen großer Städte kaum eine wichtige Entscheidung in bezug auf den letzten Arbeitervertrag treffen, ohne vorher Auf-schluß mit uns als den Vertretern der Arbeiterschaft genommen zu haben. Und gerade in diesen Städten sind die Lohn- und Beschäftigungsverhältnisse der Arbeiterschaft die verhältnismäßig besten, aber andererseits verhungert auch hier die Verwaltung über die hohen, phantastischen Arbeiter- und Reibungen zwischen Verwaltung und Arbeiterschaft gehören hier zu den Seltsamkeiten. Als ein Verhältnis, das für beide Teile günstig wirkt.

In den Städten, wo es zu einem solchen verhältnismäßig guten Zusammenarbeiten zwischen Verwaltung und Arbeiterschaft noch nicht gebracht wurde, gehört Podium. Wohl kaum eine Stadt im ganzen Industriegebiete, nein im ganzen Reiche steht der Arbeiter und ihren Vertretern so scharf ablehnend gegenüber, wie gerade Podium. Auf sachlich begründete Eingaben der Organisationen, die diese im Auftrage der städtischen Arbeiterschaft an die Stadtverwaltung einreichten, wurden seit jeher keine, oder ausweichende oder gar ablehnende Antworten erwidert. Der Ton aber, in dem diese Antworten gehalten waren, ist in den letzten Jahren dauernd schroffer geworden, und Klang haben aller Schroffheit sogar auf unsere letzte Eingabe scharf hervorgetreten, ironisch, so daß man unwillkürlich den Eindruck gewinnen konnte, so könne eine Verwaltung, die noch Gewicht auf die Wahrung der einfachen Höflichkeitssformen legt, nicht so ungeschicklich schreiben antworten, das sie vielmehr eine Aus-legung eines einzelnen westfremden, verärgerten Bürokraten. Da würden aber darüber kein Wort verlieren, wenn diese Antwort nicht eine unerhörte Prädikation der gesamten organi-sierten Arbeiterschaft darstellte. Ob nun hier Positivität oder die Fremdschuld einer einzelnen Person vorliegt. Denn wie können wir noch nicht glauben, daß der dortige Magistrat in seiner Person dieses billigt! Sache der städtischen Arbeiter ist es, sich eine würdige Behandlung zu erkämpfen. Tatsächlich hat dem dieses Verhalten der erwähnten Stelle den vielleicht ver-longtesten Friede auch nicht erfüllt. Die städtischen Arbeiter haben sich vielmehr lieber zusammen geschlossen, wie bisher, und mit der regeren gewerkschaftlichen Leben beginnt wieder unter

ihnen. Ein Beweis dafür, daß sie gewillt sind, sich evtl. eine würdigere Behandlung zu erkämpfen. Aber nicht dieser Kampf ist ihr Ziel, sondern friedliches Arbeiten zu ihrem und der Verwaltung Wohl, aber unter gleichzeitiger Wahrung ihres guten Rechtes.

**Glebe. Städtische Arbeiter.** Für die städtischen Arbeiter in Glebe wurde eine Lohnerhöhung von 2.4 pro Tag, Be-zahlung der von Weigern, Maschinisten und Apparatenwärtern über 10 Stb. täglich hinaus geleisteten Arbeit als Nebenstunden, Gewährung von Urlaub (nach einjähriger Dienstzeit 3 Tage, nach dreijähriger Dienstzeit fünf Tage und nach fünfjähriger Dienstzeit 7 Tage) und bessere Regelung der Verteilung der Lebensmittelzulagen gefordert.

Der Eingabe wurde eine entsprechende stichhaltige Begründung beigefügt und dürfen wir wohl hoffen, daß die maßgebenden Stellen den geäußerten Wünschen, die den Rahmen des unbedingt Notwendigen nicht überschreiten, recht bald Rechnung tragen.

**Ofen. Straßenbahner.** Die in Nr. 5 unserer Verbands-zeitung besprochenen Wünsche der hiesigen Straßenbahner sind nunmehr der Direktion der Straßenbahnen in einer Eingabe unterbreitet worden. Beantragt wird eine Erhöhung des Ein-loumens des gesamten Fahrpersonals und aller Handwerker und Arbeiter um 150.4 pro Tag. Außerdem Erhöhung der Arbeitszeit auf höchstens 9 1/2 Stb. für weibliches Personal. Sollte sich in Einzelfällen eine etwas längere Dienstzeit unter keinen Umständen vermeiden lassen, so wäre die über 9 1/2 Stb. geleistete Arbeit als Nebenarbeit mit proportionalen Zuschlägen zum nor-malen Lohn besonders zu vergüten. Weiter wird eine Reform des Straßensystems, bessere Behandlung und die Wahl von Ar-beitern oder Personalansprüchen beantragt.

**Sonnen (Stadl).** Unter dem hiesigen Straßenbahnpersonal machten sich seit einiger Zeit Organisationsbestrebungen bemerk-bar. Dabei betraf unser Bezirksleiter, Kollege Weitzel, für den 7. März eine Versammlung nach Edenloben ein. Für den gleichen Tag hatte auch der sozialdem. Transportarbeiterverband eine Versammlung anberaumt, aber zu früherer Stunde und nach Kleinigkeiten. Diese Versammlung blieb aber resultatlos, was die Vertreter des Transportarbeiterverbandes veranlaßt haben wird, an unserer Versammlung teilzunehmen. Wir haben das auch zugelassen. Um so eigenartiger berührt es uns, daß nunmehr die gleichen Leute uns vorwerfen, wir besuchten „An-satzstellen zu sein“, wie es in Nr. 6 des Couriers geschieht. Das Personal weiß schon, was es von solchen Initiationsstufen zu halten hat. Die übergroße Mehrzahl derselben steht auf dem Boden der christlich-nationalen Arbeiterbewegung und lehnt den Anschluß an die sozialdemokratische Organisation ab. Damit werden sich die Vertreter derselben wohl oder übel abfinden müssen. Daran kann durch noch so lange Zeitungs polemiken nichts geändert werden.

### Arbeiterbewegung.

Eine Rechtfertigung der Haltung der christlichen Arbeiterbewe-gung bietet in der überzeugendsten Weise der Kampf, der zwischen der alten und der unabhängigen sozialdemokratischen Partei ge-führt wird. Von dem Kriege war die sozialdemokratische Partei eine bloße Reinsagemaschine. Bei jeder Gelegenheit stellte sie so weitgehende Anträge, daß sie voraussichtlich nicht zu verwirk-lichen waren, um nachher bei der Ablehnung über die bürger-lichen Parteien herzufallen; oder aber sie stimmte gegen fast alle Anträge anderer Parteien. Die christlich-organisierte Ar-beiterschaft hat immer auf dem Standpunkt geblieben, daß ein solches Verhalten arbeiterschädigend sei, zumal die Sozialdemo-kratie auch mehr als einmal gegen sozialpolitische Anträge stimmte und dadurch Korrekturen für die Arbeiterschaft hinter-trieb. Im Kriege hat sich die alte sozialdemokratische Partei zur besseren Einsicht bekehrt. Sie rechnet heute mit realen Tat-sachen und hält nicht wie früher nur Reden zum Fenster hinaus. Sie ist aber abgelöst worden von den „unabhängigen“ Sozialdemo-kraten. Die haben jetzt die Rolle übernommen, die früher die christliche Sozialdemokratie spielte. Und was die christliche Arbeiter-schaft trauer aber das Verhalten der Sozialdemokraten sagen mußte im Interesse der Arbeiterschaft, das hat jetzt die

sozialdemokratische Partei und ihr Zentralorgan der „Vorwärts“ den ablehnenden „Unabhängigen“. Zu Nr. 54 zieht der „Vorwärts“ gegen die Unabhängigen zu Felde, weil sie sagen, sie seien den Frieden mit der Ukraine nicht einverstanden. Nimmer hatte den Frieden mit der Ukraine nicht einverstanden. Nimmer hätte die Frieden ohne Annexion und ohne Autonomiebestimmungen verhandelt wie konnte sie das. Dazu die eine Friedenspartei. Ein solches, wenn ich nicht irren, ist die „Vorwärts“ zu verwerflich, sagt der „Vorwärts“ und fährt fort:

„Die Partei der Unabhängigen...“ (Text is very faint and partially illegible, but appears to be a critique of the 'Independents' party's stance on the Ukraine peace negotiations.)

Man widerriefe früher schon wurde, daß kein Wort dazu gehöre, weil diese Aussagen nichts zu nützen und nur dadurch nur den Reputationsverlust der Partei und dementsprechend die Partei und dementsprechend die Partei...

**Rundschau.**

**Allen Münchener Rechnungen** trägt unsere gemeinnützige Deutsche Volksversicherung bei ihrer besonders günstigen Versicherungsbedingungen... (Text continues with details about insurance rates and conditions.)

Bei einer Einzahlung von 1000 M. kann man also 300 M. mit 20% 400 M. mit 25% 500 M. mit 30% zu 5% Einzahlung... (Text continues with financial details.)

Bei dem... (Text continues with further details about insurance or financial matters.)

Die... (Text continues with further details.)

Unsere Deutsche Volksversicherung hat aber nicht nur die... (Text continues with further details.)

Ein... (Text continues with further details.)

und außerdem die 3prozentige Verzinsung der doch von ihr bezahlten Kriegsanleihe dem Antragsteller zugute kommen lassen... (Text continues with financial details.)

Das... (Text continues with further details.)

Darum... (Text continues with further details.)

**Literarisches.**

Die Gesellschaft für soziale Reformen hat unter dem Titel: „Das Recht der Organisationen im neuen Deutschland“ fünf Broschüren herausgegeben... (Text continues with a list of publications and their prices.)

**Verbandsnachrichten.**

Der dreimaligen... (Text continues with news about organizational meetings and reports.)

Der... (Text continues with further news.)

Rom... (Text continues with further news.)

Der Zentralvorstand... (Text continues with further news.)

**Kollegen:  
Die Werbearbeit  
darf nicht erlahmen.**

**Gedenktafel.**

Gestorben ist der Kollege  
**Karl Anton Kron, Konstanz.**  
Ohre seinem Andenken!